

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Teil 1: Schadensersatz nach dem Privatrecht	3
A. Kind als Geschädigter	3
I. Anspruchsgrundlage	3
II. Umfang des Schadensersatzes	3
1. Heilungskosten	5
2. Erwerbsschaden	5
a) Prognose über die hypothetische Erwerbslaufbahn	6
aa) Indizien für die konkrete Erwerbslaufbahn	7
bb) Fehlende Indizien für die konkrete Erwerbslaufbahn	10
b) Auswirkungen der Schädigung	11
aa) Verzögerung der Ausbildung	11
bb) Änderung des Berufsziels	12
cc) Erwerbsunfähigkeit	12
c) Gegenbeweis	12
d) Anspruchskürzung	13
e) Fazit	13
3. Schmerzensgeld	14
a) Bemessung des Schmerzensgelds	14
aa) Verhältnisse des Geschädigten	17
bb) Verhältnisse des Schädigers	18
b) Anspruchskürzung	19
c) Handhabung in der Gerichtspraxis	19
B. Kind als Schädiger	23
I. Rechtsgutsverletzung	23
II. Widerrechtlichkeit	23
III. Verschulden des Minderjährigen	24
1. Verschuldensfähigkeit	24
a) Verschuldensunfähigkeit	24
b) Beschränkte Schuldfähigkeit	24
c) Schuldfähigkeit (Ausnahme: fehlende Einsichtsfähigkeit)	25
2. Verschuldensmaßstab: Vorsatz oder Fahrlässigkeit	25
IV. Billigkeitshaftung	26

Teil 2: Schadensausgleich in der gesetzlichen Unfallversicherung	29
A. Geschichte der Unfallversicherung	29
B. Geschichte der Schülerunfallversicherung	30
C. Der Schüler als Geschädigter	32
I. Der versicherte Personenkreis	33
1. Kinder während des Besuchs von Tageseinrichtungen	33
2. Schüler.	34
3. Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen	34
II. Der Versicherungsfall	35
1. Der Arbeitsunfall	35
a) Verletzungen während des Schulunterrichts	38
b) Verletzungen in der Pause	39
c) Verletzungen auf Spezialschulen	39
d) Verletzungen beim Schulessen	40
e) Verletzungen außerhalb des Schulgeländes	41
f) Verletzungen auf Klassenfahrten	42
g) Verletzungen bei den Hausaufgaben	45
h) Verletzungen während des Nachhilfeunterrichts	46
i) Verletzungen während Betreuungsmaßnahmen	46
j) Verletzungen beim Hochschulsport	46
2. Der Wegeunfall	47
a) Weg nach und von dem Ort der Tätigkeit.	49
b) Fremde Obhut	49
c) Dritter Ort	50
d) Umweg	50
e) Unterbrechung	52
III. Die Versicherungsleistungen	53
IV. Die Verletztenrente	54
1. Festlegung der Erwerbsminderung	55
a) Allgemeine Kriterien	55
b) Erwerbsminderung bei Jugendlichen	57
2. Mindestdauer und -quote der Erwerbsminderung	57
3. Jahresarbeitsverdienst.	58
a) Allgemeine Kriterien	58
b) Jahresarbeitsverdienst für Kinder.	58
c) Regelung bis zum 01.01.2021	59
d) Erstmalige Festsetzung	59

aa) Versicherte ab Vollendung des 15. Lebensjahres	59
bb) Versicherte vor Vollendung des 15. Lebensjahres.	59
e) Billiges Ermessen.	60
f) Neufestsetzung	60
aa) Neufestsetzung nach Beendigung der Ausbildung	61
bb) Neufestsetzung nach Altersstufen (Versicherungsfall vor Vollendung des 30. Lebensjahres)	62
cc) Neufestsetzung für Schwerverletzte	62
dd) Jahresarbeitsverdienst bei Unklarheit über hypothetischen Ausbildungsverlauf	63
ee) Altersgrenzen.	63
ff) Neufestsetzung nach voraussichtlicher Schul- oder Berufsausbildung oder nach Altersstufen	64
g) Regelung ab dem 01.01.2021	64
h) Erstfestsetzung.	65
i) Neufestsetzung.	65
4. Funktion der Verletztenrente	66
a) Lohnersatzfunktion	66
b) Doppelfunktion	67
c) Stellungnahme	68
D. Schüler als Schädiger	71
I. Desselben Betriebs.	72
II. Schulbezogenheit	72
III. Kein Vorsatz	75
1. Vorsatz bzgl. Verletzungserfolg	75
2. Vorsatz allein bzgl. Schädigungshandlung	77
3. Stellungnahme.	78
IV. Kein Wegeunfall.	79
V. Fazit	80
Teil 3: Verfassungsrechtliche Betrachtung	81
A. Der allgemeine Gleichheitssatz	81
I. Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung gleicher Sachverhalte	81
II. Verfassungsrechtlich relevante Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte	82
B. Vergleich mit dem Privatrecht	83
I. Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlungen im Spannungs- verhältnis zwischen BGB und gesetzlicher Unfallversicherung	83

1. Ungleichbehandlung wegen fehlenden Anspruchs auf Schmerzensgeldzahlung	83
2. Ungleichbehandlung wegen unterschiedlicher Berechnung der Entschädigungshöhe	84
II. Wesentliche Gleichheit	84
1. Bildung der Vergleichsgruppe	84
2. Kein Ausschluss der Vergleichbarkeit per se	86
3. Gründe für die Aufspaltung	87
a) Grundprinzipien des BGB	87
aa) Verschuldensprinzip	87
bb) Totalreparation	87
b) Grundprinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung	87
aa) Soziales Schutzprinzip	87
bb) Abstrakte Schadensberechnung	88
4. Vergleichende Betrachtung	88
a) Soziales Schutzargument	88
b) Liquiditätsargument	88
c) Schulfriedensargument	89
d) Finanzierungsargument	90
5. Fazit	90
6. Keine Neubewertung trotz Schadensrechtsänderungsgesetz	92
C. Systemimmanente Vergleichsgruppenbildung	94
I. Verfassungsrechtlich relevante Gleichbehandlungen	94
1. Gleichbehandlung durch Haftungsausschluss	94
2. Gleichbehandlung hinsichtlich Verletztenrente	95
a) Anknüpfung an die Minderung der Erwerbsfähigkeit	95
b) Fehlen der individuellen Komponente durch einheitliche Bezugsgröße	95
3. Gleichbehandlung von Kindergartenkindern, Schülern und Studenten	96
II. Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlungen durch Einführung von Altersgrenzen	97
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	97
1. Willkürverbot	98
2. Stufenlos-Formel	99
3. Prüfungsmaßstab in der Schülerunfallversicherung	101
IV. Rechtfertigung der Gleichbehandlungen	102
1. Gleichbehandlung durch Haftungsausschluss	102

2. Gleichbehandlung hinsichtlich Verletztenrente	103
a) Anknüpfung an Minderung der Erwerbsfähigkeit	103
b) Anknüpfung an Jahresarbeitsverdienst	105
3. Sachliche Gründe für Gleichbehandlung	105
a) Vorteile der abstrakten Schadensberechnung	106
aa) Beweiserleichterung	106
bb) Verwaltungsvereinfachung.	106
cc) Unabhängigkeit von tatsächlicher Einkommenseinbuße	107
b) Nachteile der abstrakten Schadensberechnung.	107
aa) Mangelnde Schadenskompensation	107
bb) Schlechterstellung Schwerstverletzter.	108
cc) Überkompensation bei Leichtverletzten.	108
c) Gesamtbetrachtung	109
d) Fehlende Durchbrechung.	110
4. Gleichbehandlung von Kindergartenkindern/Schülern/Studenten.	112
V. Rechtfertigung der Ungleichbehandlungen hinsichtlich Altersgrenzen.	113
D. Reformüberlegungen	113
E. Fazit	114
Literaturverzeichnis	119